



Presseschau vom 05.10.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer](#) aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: „Schlag ins Gesicht Europas“ – Duma-Politikerin zu Donbass-Reintegration

Der vom ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko kürzlich ins Parlament eingebrachte Gesetzentwurf über eine Reintegration des Donbass ist „ein Schlag ins Gesicht Europas“, sagte die Vizevorsitzende der Staatsduma Russlands, Irina Jarowaja.

Die Politikerin betonte, dass der ukrainische Präsident „auf solche Weise die Erlaubnis für militärische Operationen gegen Zivilisten“ bekommen wolle.

„Dieser Gesetzentwurf ist ein demonstrativer Schlag ins Gesicht Europas, denn Poroschenko hat sich vor Europa dazu verpflichtet, sich an die Minsker Vereinbarungen zu halten“, so der Pressedienst der Politikerin.

„Aber der ukrainische Präsident hat nicht vor, diese Vereinbarungen zu erfüllen. Er hat vor, Verbrechen zu begehen und dabei unverschämt in Europas Richtung zu grinsen“, so Jarowaja. Poroschenko habe eine neue Methode entdeckt, um seine Handlungen zu rechtfertigen — die Gesetzesausgabe. Die gegenwärtige Regierung verletze Rechte, diskriminiere Menschen und erhebe Verbrechen zu Gesetzen, so die Vizevorsitzende der Staatsduma.

Die Politikerin äußerte, dass dieser Gesetzentwurf „nicht der Befreiung sondern der Besetzung und der Vernichtung des Donbass diene“.

Zuvor hatte Poroschenko einen Gesetzentwurf über die Reintegration des Donbass ins Parlament eingebracht. In dem Dokument wird Russland als „Aggressor-Land“ bezeichnet, das einen Teil des ukrainischen Territoriums „zeitweilig besetzt“ habe. Laut Medienberichten

sieht die Gesetzesvorlage eine mögliche Verhängung des Kriegszustands in verschiedenen Regionen der Ukraine vor.

Dnr-news.com: Der Energieminister Polens gibt Ankauf von Kohle aus dem Donbass zu
Der Chef des Energieministeriums Polens, Krzysztof Thuzhevsky, gab zu, dass eine Partie Kohle aus dem Gebiet des Donbass, das nicht von Kiew kontrolliert wird, in die Republik geliefert wurde.

„Es ist irgendeine kleine Firma. Aus dem Donbass – es ist nicht definitiv klar, aber es scheint, dass es so ist. Es gab eine Kohlelieferung, 11.000t. Das ist so viel, wie ein Turbinenblock am Tag verbraucht“, sagte der Minister in einer Sendung des polnischen Fernsehens.

Seinerseits hat der ukrainische Energieminister Igor Nasalik, der zu einem Besuch in Warschau weilt, gesagt, dass die aktuelle Situation „sehr unangenehm“ sei.

„Wir kaufen Anthrazitkohle in den USA und in afrikanischen Ländern, und Polen von unseren okkupierten Territorien“, erklärte er.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1507141613_1487966318.jpg

de.sputniknews.com: **Russischer Journalist während Reportage in Kiew festgenommen**

In der ukrainischen Hauptstadt ist ein Reporter des russischen Fernsehsenders NTV, Wjatscheslaw Nemischew, angeblich wegen der Begehung einer Straftat festgenommen worden. Bei ihm wurde eine Akkreditierung der selbsterklärten Volksrepublik Donezk entdeckt. In Folge dessen haben ukrainische Geheimdienste die Vernehmung des Mannes begonnen.

Der 48-jährige Journalist sei während der Dreharbeiten für eine Reportage festgenommen worden, als er mit einem Küchenmesser vor der Kamera die berühmte Kiewer Torte anschnitt, geht aus einer Meldung auf der offiziellen Seite des Senders hervor.

Dies habe einem Passanten nicht gefallen, der die Polizisten aufforderte, den Reporter festzunehmen. Dieser könne, so NTV, nationalistischen Organisationen angehören. Davon zeuge sein Facebook-Profil.

Dies ist nicht das erste Mal, dass die Ukraine die Arbeit russischer Medien auf ihrem Territorium behindert. Im März 2015 hatte Kiew die Akkreditierung von 115 russischen Medien unterbrochen. Mehrmals waren russische Journalisten festgenommen und aus der Ukraine ausgewiesen worden.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **achtmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Kalinowo, Krasnyj Jar, Smeloje und Kalinowka**.

Geschossen wurden mit Granatwerfern und Schusswaffen.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **40 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **16 Ortschaften der Republik** mit Panzern, Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Av-zakharchenko.su/Dan-news.info: Am 5. Oktober kommentierte das Oberhaupt der DVR während einer Unterhaltung mit Journalisten die **Perspektiven der Verlängerung des besonderen Status des Donbass durch die Oberste Rada der Ukraine**. Das Republikoberhaupt vermutet, dass Kiew, um ein Scheitern zu gewährleisten, zu militärischen Provokationen und einer ernsthaften Verschärfung an der Abgrenzungslinie greifen könnte. „Die Hauptabteilung Aufklärung plant große Gefechte an der Kontaktlinie zu provozieren. Auf diese Weise kann das Kiewer Regime eine politische Grundlage für ein Scheitern der Abstimmung in der Rada zur Verlängerung des besonderen Status des Donbass erhalten. Sie beschießen unser Territorium und dann beschuldigen sie uns der Verschärfung der Lage, wie es schon mehrfach der Fall war. Die OSZE wird wie immer schweigen und die Abgeordneten werden einen Vorwand haben, die Gültigkeit des besonderen Status nicht zu verlängern“, sagte Alexandr Sachartschenko.

de.sputniknews.com: „Instrument der Außenpolitik“: Kanadas Parlament nimmt eigenes „Magnitski-Gesetz“ an

Das kanadische Unterhaus hat am Mittwoch ein eigenes „Magnitski-Gesetz“ verabschiedet, berichtet RIA Novosti.

Für die Verabschiedung des Gesetzes stimmten alle 277 Abgeordneten des Unterhauses. Jetzt soll der kanadische Senat das Dokument billigen. Falls das Gesetz danach die königliche Genehmigung erhält, tritt es in Kraft.

Die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland erklärte, das Gesetz werde sicherstellen, dass die Instrumente der kanadischen Außenpolitik effektiv sind und den Zielen unter den heutigen internationalen Bedingungen entsprechen.

Das Gesetz wird Kanada ermöglichen, Aktiva und Vermögen ausländischer Bürger zu beschlagnahmen, die der Menschenrechtsverletzung verdächtig werden.

Zuvor hatte Russlands Außenministerium erklärt, dass die Billigung eines Gesetzes in der Art des „Magnitski-Gesetzes“ durch das kanadische Parlament den Beziehungen zu Russland schaden und auf entsprechende Gegenmaßnahmen stoßen werde.

Der „Magnitsky Act“ wurde von den USA Ende 2012 mit dem Ziel angenommen, russische Amtsträger zu bestrafen, die aus Sicht der US-Behörden den Tod des Wirtschaftsprüfers des Fonds Hermitage Capital, Sergej Magnitski, in einem Moskauer Gefängnis und damit die Verletzung der Menschenrechte verschuldet haben sollen. Die Liste mit den Namen dieser Amtsträger wird auch als „Magnitski-Liste“ bezeichnet.

Dan-news.info: Die landwirtschaftlichen Betriebe der DVR haben im Ergebnis der diesjährigen Ernte mehr als 400.000 Tonnen Getreide geerntet. Dies teilte heute das Landwirtschaftsministerium der Republik mit.

„Insgesamt wurden in der Republik 399,1 Tonnen gemahlen, was um 5% mehr sind als im Jahr 2016“, heißt es in der Mitteilung.

Das Ministerium fügte hinzu, dass Getreide- und Hülsenfruchtkulturen in diesem Jahr auf einer Fläche von 136.900 Hektar geerntet wurden, was die Kennziffer des Jahres 2016 um 14 Prozent überschreitet. Der mittlere Ertrag betrug 29,2 Zentner pro Hektar.

Dnr-news.com: Ukrainische Nationalisten protestierten gegen das neue Gesetz zur Reintegration des Donbass

Am Donnerstag, dem 05. Oktober, organisierten ukrainische nationalistische Organisationen vor der Obersten Rada eine Kundgebung gegen die Gesetzesentwürfe des Präsidenten zum Donbass, die er gestern ins Parlament eingebracht hatte. Dies berichtet auf ihrer Facebook-Seite die Organisation „Nationales Korps“.

An der Kundgebung beteiligen sich etwa 150 Aktivisten mit den Fahnen des „Nationalen Korps“, des „Rechten Sektors“ und der Organisation „Swoboda“. Sie tragen Plakate „Budapest-Format statt Minsk-Vertrag“ und „Keine Legalisierung von Putins Bedingungen“. „Der Gesetzesentwurf ‚Zu Besonderheiten der Staatspolitik...‘ - das ist ein direkter Sieg Putins, geschrieben nach dem Diktat Sachartschenkos und wird Gesetz in der Ukraine.

Poroschenko wollte dieses Gesetz schon seit der Ilowaisker Tragödie durchsetzen.

Heute wird der Präsident diese Gesetzesvorlagen durchsetzen und damit eine Mine in die ukrainische Gesetzgebung legen. Das Nationale Korps steht heute hier für die ukrainische Verfassung und wird nicht zulassen, dass die Autonomie der LDVR gesetzlich legitimiert wird“, erklärten die Nationalisten vor der Rada.

Wie es in der Erklärung des Nationalen Korps heißt ist das „Gesetzesprojekt zur Reintegration des Donbass verfassungswidrig“.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1507190893_22154551_1415958648520329_8492841045354139560_n.jpg

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko

„Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **achtmal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Bei den Beschüssen der Positionen der Volksmiliz der LVR haben die ukrainischen Streitkräfte Granatwerfer verschiedener Art, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

Die militärisch-politische Führung der Ukraine verlegt weiter Kräfte und Mittel entlang der Kontaktlinie in Verletzung der Minsker Vereinbarungen.

So wurden von uns Fälle der Entladung von Militärtechnik an der Eisenbahnstation Artjomowsk festgestellt. Insgesamt wurden 35 Einheiten Waffen und Militärtechnik ausgeladen, darunter Schützenpanzer, T-64- und T-72-Panzer, Haubitzen 2S3 „Akazija“ und 2S1 „Gwosdika“.

Wir bitten die Vertreter der OSZE-Mission, diese Information zu berücksichtigen und nach Möglichkeit ihre Vertreter an die Eisenbahnstation zu schicken, um die von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen und Technik zu registrieren.

Die ukrainische Seite liefert weiter Material an die Kontaktlinie.

Im Verantwortungsbereich des 3. Bataillons der 14. Brigade in Sisoje und Bolotenoje wurde die Ankunft von zwei Ural-Fahrzeugen mit Munition und Lebensmitteln bemerkt.

Technische Einheiten der 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte führen im Gebiet von Swetlodarsk und Troizkoje Sprengungen durch, um die Positionen von Stützpunkten technisch weiter auszurüsten.“

So zieht die ukrainische Führung trotz der angespannten innenpolitischen Lage weiter

Kapazitäten zur militärischen Lösung des Konflikts im Donbass zusammen. Gleichzeitig unterstrich Marotschko, dass die Volksmiliz trotz der ständigen Provokationen der ukrainischen Streitkräfte wie zuvor die Minsker Vereinbarungen einhalten. „Wir streben eine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass an, aber wir behalten uns das Recht vor, gemäß den Minsker Vereinbarungen zu handeln, wenn das Leben von Soldaten und Zivilisten bedroht ist und wenn es eine Gefahr der Änderung der Kontaktlinie gibt.“

Nachmittags:

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden wurden **40 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Panzer, Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **elf Ortschaften** wurden drei Panzergeschosse, acht Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 76 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner 27 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, außerdem hat er Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beim Beschuss von **Leninskoje, Sosnowskoje und Sachanka** verwendet.

In Richtung Gorlowka wurden fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf die Gebiete von **Pantelejmonowka und Sajzewo** abgeschossen, außerdem hat der Gegner verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Nach Informationen von Einwohnern von Satschatowka (53 km von der Kontaktlinie) wurde die Fahrt eines Güterzugs mit schwerer Technik in das Gebiet von Wolnowacha (12 km von der Kontaktlinie) entdeckt, darunter drei Schützenpanzer, zwei Panzer und vier Artilleriegeschütze.

Außerdem wurde im Verantwortungsbereich der 92. mechanisierten Brigade die Ankunft von drei Panzern, 200 Mann, Treibstoff- und Munitionsvorräten bemerkt.

Außerdem wurde in Andrejewka (12 km von der Kontaktlinie) die Ankunft von gut bewaffnetem Personal in einer Stärke von 100 Mann bemerkt. Es ist anzumerken, dass die **Mehrheit der Eingetroffenen englisch** spricht, aber örtliche Einwohner haben auch **arabisch** gehört.

Nach uns vorliegenden Informationen wurden im Verlauf von Schießübungen der 55. Artilleriebrigade zwei 152mm-Haubitzen „MSTA-B“ beschädigt, die sich gemäß den Minsker Vereinbarungen an den Lagerorten für schwere Waffen befinden müssten. Für diesen Vorfall erhielt der zeitweilige kommissarische Kommandeur einer Batterie einer Artillerieabteilungen Oberleutnant Mironenko eine Disziplinarstrafe.

Im Zusammenhang mit der absoluten Fahrlässigkeit bei militärischen Objekten werden nicht kampfbedingte Verluste in der ukrainischen Armee alltäglich.

So starb am 3. Oktober im Rowenskij-Oblast während planmäßiger Übungen auf dem Übungsplatz ein Vertragssoldat der 24. mechanisierten Brigade aufgrund des Fehlens der notwendigen Versorgung, unmenschlicher Lebensbedingungen und fehlender Lebensmittel. Nicht kampfbedingte Verluste in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte werden zielstrebig vom Kommando verschwiegen. So ist der Soldat der 54. Brigade Serebrennikow unter seltsamen Umständen aus dem provisorischen Stationierungspunkt der Brigade verschwunden. Später wurde die Leiche des Soldaten in der Stadt Kremenschug gefunden. Der Kriegsverbrecher und Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade Majstrenko gab

persönlich den Befehl, seinen Soldaten nachträglich aus der Liste der Truppenteile zu entfernen und die weiteren Untersuchungen zu dieser Sache einzustellen.

Unsere Quellen in den militärischen Behörden der Ukraine haben uns mitgeteilt, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte plant, provokative Beschüsse und Gefechte durchzuführen, um die Lage in der Zone der sogenannten „ATO“ unter Verwendung von Spezialoperationskräften sowie unter Hinzuziehung kontrollierter Massenmedien zu destabilisieren. Die Quellen merken an, dass diese Aktion auf Initiative des Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Mushenko geplant wurde und mit dem Präsidenten der Ukraine abgestimmt wurde, um eine Motivation für die Annahme des Gesetzes über eine Reintegration des Donbass durch die Abgeordneten der Obersten Rada zu haben.

Im Zusammenhang damit wurden die Kommandeure aller Ebenen und das Personal der Streitkräfte der DVR instruiert, nicht auf Provokationen einzugehen, das Feuer nur mit Schusswaffen in den Fällen zu eröffnen, wo die derzeitigen Grenzen der Republik in Gefahr sind verletzt zu werden.

de.sputniknews.com: Saudischer König erstmals in Russland: Putin spricht von "Meilenstein"
Einen kräftigen Impuls für die bilateralen Beziehungen verspricht sich Russlands Präsident Wladimir Putin von dem gegenwärtigen Besuch des saudischen Königs Salman ibn Abd al-Aziz in Moskau. König Salman ist am Mittwoch als erster saudischer Monarch nach Russland gekommen.

„Der erste Besuch eines saudi-arabischen Königs in Russland ist schon an sich ein Meilenstein“, sagte Putin beim Treffen mit Salman im Kreml.

Er erinnerte daran, dass die Sowjetunion als erster Staat der Welt das heutige Königreich Saudi-Arabien anerkannt habe.

„Es ist uns eine große Freude, Ihre Majestät heute hier empfangen zu können“, äußerte der Kremlchef. „Ich bin überzeugt: Ihr Besuch wird den Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten kräftige Impulse geben.“

dnr-news.com: In Kiew zerschlug ein Mann das Denkmal für die „Himmlischen Hundertschaft“ als Protest gegen den Krieg im Donbass

Heute zerschlug in Kiew, in der Allee der „Himmlischen Hundertschaft“ am Maidan ein Mann die Gedenktafeln für die Toten der Massenunruhen im Jahr 2014. Dies berichtet auf seiner Facebook-Seite der ukrainische Journalist Alexandr Rudomanow.

„Etwa vor einer Stunde wurde das Denkmal der Himmlischen Hundertschaft auf dem Maidan zerschlagen. Es gibt Verhaftete“, schrieb er.

Der Mann, der das Denkmal zerstört hatte, erklärte, dass die „Himmlischen Hundertschaft“ schuld seien an der Entfesselung des Krieges im Donbass.

Der Journalist ergänzte, dass man den Festgenommenen in die Polizeistation des Bezirks Petschersk gebracht habe.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1507196724_22154735_1491665084247465_186347683259894583_n.jpg

ukrinform.ua: Akt des Vandalismus: Mann zerstört Denkmal für Maidan-Opfer
 Ein Mann hat am Donnerstag das Denkmal für die Helden der Himmlischen Hundertschaft am Maidan in Kiew zerstört.
 Die Polizei nahm den Vandalen fest, schrieb der Berater des Innenministers Sorjan Schkirjak. Es gehe um einen 1974 geborenen Einwohner der Stadt Sewastopol auf der Krim, der in der Nacht zum Donnerstag nach Kiew gekommen sei.
 Nach Medienangaben begründete der Mann die Tat damit, dass er die Himmlische Hundertschaft für verantwortlich für den heutigen Zustand der Ukraine hält. Dem Täter drohen bis drei Jahre Haft.

de.sputniknews.com: Russische U-Boote unterstützen Offensive in Deir-ez-Zor mit Raketenattacke
 Die russische Kriegsmarine hat am Donnerstag nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau Stellungen der Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS) in Syrien erneut mit Marschflugkörpern des Typs Kalibr angegriffen.

Die U-Boote "Weliki Nowgorod" und "Kolpino" haben vom Mittelmeer aus insgesamt zehn Kalibr-Marschflugkörper abgefeuert, teilte der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, am Donnerstag mit. Dadurch seien seine Befehlsstände, Munitionslager und Panzertechnik des IS im Raum Mayadin zerschlagen worden. Die Ziele seien in der vergangenen Woche von russischen Aufklärern aufgespürt worden. Mit dem Kalibr-Angriff sei die Offensive der syrischen Bodentruppen in Deir-ez-Zor unterstützt worden.

dnr-news.com: Der Bataillonskommandeur des „Dnepr“ reagierte empört auf die Erklärung Sawtschenkos, die die UPA-Kämpfer mit den Volksmilizionären des Donbass verglich. Die Abgeordneten der Ukraine Nadeshda Sawtschenko und Juri Beresa stritten sich in der Sitzung des Komitees der Obersten Rada zur nationalen Sicherheit und Verteidigung. Der Streit entstand im Verlauf der Erörterung der Gesetze zur Reintegration des Donbass, nachdem Sawtschenko dazu aufgerufen hatte, „die, die im Donbass kämpfen, nicht zu Feinden des Volkes zu machen“.

„Möchten Sie eine vereinigte und unteilbare Ukraine haben oder sich bis an Ihr Lebensende aneinander rächen? Zu Zeiten der Sowjetunion gab es einen solchen Begriff ‚Volksfeinde‘. Damit wurden unsere Kämpfer der UPA 70 Jahre lang bezeichnet. Sie machen jetzt den gleichen historischen Fehler. Wie können wir die, die im Donbass kämpfen, nun genau so behandeln“, erklärte Sawtschenko.

Darauf reagierte der Kommandeur des Freiwilligenbataillons „Dnrpr -1“, Juri Beresa: „Sie sind hier im ukrainischen Parlament, was reden Sie denn für einen Unsinn“, entrüstete sich Beresa.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1507197669_screenshot_13.jpg

ukrinform.ua: Ausschuss für nationale Sicherheit und Verteidigung billigt Poroschenkos Gesetzentwurf über staatliche Souveränität im Donbass
Der parlamentarische Ausschuss für nationale Sicherheit und Verteidigung hat der Werchowyna Rada empfohlen, den von Präsident Poroschenko eingebrachte Gesetzentwurf über die Gewährleistung der staatlichen Souveränität im Donbass in erster Lesung zu beschließen.

Der Ausschuss traf diese Entscheidung am Donnerstag, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Einen alternativen Gesetzentwurf von einer Gruppe der Volksabgeordneten lehnte der Ausschuss ab.

Der Staatschef brachte den Gesetzentwurf „Über Besonderheiten der Staatspolitik für die Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine über die vorübergehend besetzten Gebieten in den Oblasten Donezk und Luhansk“ Nr. 7163 am 4. Oktober ins Parlament ein. Das Gesetz soll eine neue Rechtsgrundlage zur Abwehr der feindlichen Aggression im Donbass und in der Perspektive zur Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine in ihren völkerrechtlich anerkannten Grenzen schaffen. Im Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, bestimmte Gebiete in den Oblasten Donezk und Luhansk, die nicht von der Ukraine kontrolliert werden, als vorübergehend besetzte Gebiete anzuerkennen. Das Gesetz regelt auch Besonderheiten des Schutzes der Rechte und Freiheiten der ukrainischen Bürger, die dort leben. Gemäß dem Gesetz ist die vorübergehende Okkupation der ukrainischen Gebiete eine der Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine.

Es wird festgestellt, dass die Ukraine eine Besetzung des Teiles des ukrainischen Territoriums durch Russland nicht anerkennt, und dass die Russischen Föderation die terroristische Tätigkeit in der Ukraine initiierte, organisierte und unterstützte und eine Aggression gegen die Ukraine durchführt.

de.sputniknews.com: **Ostukraine: Kiew bereitet sich auf Krieg vor**

In der Donbass-Region macht man sich nach der Verabschiedung des „Reintegrationsgesetzes“, dessen Entwurf der ukrainische Präsident Petro Poroschenko in die Oberste Rada (Parlament) eingebracht hat, auf eine neue Eskalation gefasst, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Donnerstag.

Der Vertreter der Volksrepublik Lugansk in der Kontaktgruppe, Wladislaw Dejnego, nannte diesen Gesetzentwurf einen neuen Versuch Kiews, seine Verpflichtungen im Sinne der Minsker Friedensvereinbarungen zu ignorieren.

„Die Ukraine sammelt Kräfte, um die Situation anzuspannen. Und da die politischen Verpflichtungen und die Förderung der Sicherheit an der Trennungslinie miteinander verbunden sind, deutet das eine neue Einstellung des politischen Prozesses bzw. der friedlichen Regelung des bewaffneten Konflikts an.“

Angesichts dessen sei eine neue Eskalation sehr wahrscheinlich. Sehr wichtig sei auch, „ob die Ukraine von den USA tödliche Waffen und die Unterstützung des ganzen Westens bekommt. Davon hängt die Bereitschaft der Ukraine zur Eskalation ab“, ergänzte Dejnego. Es wird erwartet, dass das Gesetz zur Reintegration des Donezbeckens in die Ukraine von der Obersten Rada am 18. Oktober verabschiedet wird.

Inzwischen kumuliert Kiew immer mehr Truppen im Osten des Landes: Dort sind aktuell 250.000 Soldaten stationiert, teilte der stellvertretende Generalstabschef der Ukraine, Artur Artjomenko, mit.

Nach Auffassung des Vorsitzenden des Obersten Rates der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, ist der neue ukrainische Gesetzentwurf „eine Imitation der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen“, in Wahrheit aber ihre Verletzung.

„Laut dem ‚Maßnahmenkomplex‘ war ein Gesetz über den Sonderstatus (der Volksrepubliken Donezk und Lugansk) erforderlich. Es wurde zwar verabschiedet, funktionierte aber nicht. Dennoch gab es damals eine Diskussion, auch wenn die Ukraine sie ständig sabotierte. Solche Versuche der ukrainischen Behörden zur Verabschiedung von neuen Gesetzen, die den Minsker Vereinbarungen nicht entsprechen und mit den Vertretern von Donezk und Lugansk nicht abgesprochen wurden, lassen wir uns nicht gefallen“, so Puschilin.

Er zeigte sich überzeugt, dass sich die ukrainische Seite auf eine neue Runde der Konfrontation vorbereite und gleichzeitig versuche, sich vor den westlichen Partnern zu rechtfertigen und zu behaupten, sie würde die Minsker Vereinbarungen erfüllen.

Übrigens sind im ukrainischen Parlament nicht alle Kräfte mit dem „Reintegrationsgesetzentwurf“ einverstanden, unter anderem der „Oppositionsblock“ und die Partei „Pro Leben“. Der Abgeordnete Jewgeni Murajew sagte gegenüber „Iswestija“, die Machthaber hätten keine klare Konzeption, und der Gesetzentwurf sei im Grunde populistisch. Da Kiew de facto die Minsker Vereinbarungen sabotiere, müssten gewisse Alternativen her, und so sei der „kurzlebige Gesetzentwurf“ entstanden, dem zufolge die Vollmachten des Präsidenten zur Gewaltanwendung im Donezbecken erweitert werden sollen. Dennoch wird die Rada höchstwahrscheinlich dafür stimmen. Dagegen wären nur der „Oppositionsblock“, die Partei „Pro Leben“ und mehrere fraktionslose Abgeordnete. Alle anderen Parteien und Blöcke würden den von Poroschenko eingebrachten Gesetzentwurf befürworten und dadurch eine neue Runde des Bürgerkriegs im Osten des Landes auslösen.

Dan-news.info: Gegenüber Journalisten kommentierte das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko das Gesetz zur „Reintegration des Donbass“.

„Das Gesetz, das Poroschenko eingebracht hat, ist nutzloser Unsinn. Das einzige, was man dort herauslesen kann, ist, dass wir entweder vernichtet werden sollen oder umgesiedelt. Es ist die Entfachung einer neuen Runde des Krieges“, sagte er.

Sachartschenko meint auch, dass die ukrainische Regierung mit einem solchen Dokument ein weiteres Mal versucht, die Verantwortung für die im Donbass begangenen Verbrechen abzuwälzen. „Sie sind bereit einen Krieg zu beginnen, damit nichts gelöst werden muss. Und dieses Gesetz befreit sie von der Verantwortung für die Verbrechen, die sie begehen“, fasste das Republikoberhaupt zusammen.

mptdnr.ru: Heute, am 5. Oktober fand die feierliche Inbetriebnahme des staatlichen Unternehmens „Jusowskij Metallfabrik“ statt.

An der Veranstaltung nahmen das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats Alexandr Timofejew und der Minister für Industrie und Handel der DVR teil.

Allen Anwesenden wurde ein Dokumentarfilm gezeigt – das Leben der Fabrik von der Schaffung des staatlichen Unternehmens bis zur Inbetriebnahme.

Danach trat das Republikoberhaupt mit einer Begrüßungsansprache auf.

„Wir feiern gewöhnlich militärische Siege. Heute, denke ich, müssen wir auch diesen Sieg feiern. Das, was Sie mit Ihren eigenen Händen mit dieser zerstörten Fabrik getan haben, kann man nicht Wiederaufbau nennen – wir haben sie neu gebaut! Ich meine, dass dies Ihr großer Sieg ist. Ich will der Leitung des Unternehmens, dem Minister für Industrie und Handel, dem Vizepremier riesigen Dank aussprechen. Aber den allergrößten Dank spreche ich Ihnen aus – den Arbeitern der Fabrik. Ohne Sie wäre nichts gelungen. Ich wiederhole meine Worte: wir stehen zusammen, wir sind eine Kraft.

Liebe Landsleute! Eine tiefe Verbeugung für Ihre Arbeit, für Ihren Glauben an die Republik! Für Ihre Liebe zu der Fabrik, zu Ihrem Land – einen sehr großen Dank! Ich gratuliere Ihnen zur Eröffnung der Jusowskij Metallfabrik! Zu einem weiteren Sieg der Donezker Volksrepublik und für jeden von uns!“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der DVR gratulierte auch den Anwesenden zu einem weiteren Sieg: „Sie stellen sich ambitionierte Aufgaben, Sie lösen Problemen auf dem Weg zur Erledigung dieser Aufgaben. Im Ergebnis haben Sie das Unmögliche vollbracht. Sie haben das für sich getan und für die zukünftige Generation. Ich gratuliere Ihnen zu der erfolgreichen Inbetriebnahme! Siege bei der Arbeit wünsche ich Ihnen!“

Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko nahm auch an der Inbetriebnahme des Lichtbogenstahlschmelzofens teil. Das Republikoberhaupt machte sich mit allen Produktionsprozessen bekannt - angefangen mit der Beladung und Schmelze bis zum Guss

des Stahls. Die Produktion des ersten Industriestahls hat begonnen.

Alexej Granowskij berichtete, dass das grundlegende Produkt der Fabrik bruchfeste quadratische Rohlinge sein werden. Er merkte auch an, dass geplant ist, den Ausstoß des Unternehmens auf eine Produktionskapazität von 30-40.000 Tonnen im Monat zu bringen. Das Republikoberhaupt unterstrich, dass die Fabrik nachgefragte Produkte erzeugt, so dass es keine Absatzprobleme geben wird.

Wir erinnern daran, dass das staatliche Unternehmen „Jusowskij Metallfabrik“ am 25. Juni 2016 auf Erlass des Ministerrats der DVR gegründet wurde.

Die JuMF ist einer der größten Fabriken der Branche auf dem Territorium der DVR. Der Produktionskomplex der Fabrik liegt gleich in drei Bezirken der Hauptstadt – Woroschilowskij, Budennowskij und Leninskij.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1507213454_umz_21 .jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1507213454_umz_21.jpg)

de.sputniknews.com: Houston, wir haben ein Problem: Moskau zu IS-Vernichtung in US-Zonen in Syrien bereit

Das russische Verteidigungsministerium hat die USA gewarnt, dass Russland bereit ist, die IS-Kämpfer in den US-kontrollierten Zonen in Syrien zu vernichten.

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, erklärte, wenn Washington die Angriffe der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) auf syrische Regierungstruppen für einen Zufall halte, sei Russland durchaus zur Vernichtung dieser „Zufälle“ in den US-kontrollierten Zonen bereit.

„Wenn die US-Seite solche Operationen als unvorhergesehene ‚Zufälle‘ betrachtet, dann sind die russischen Streitkräfte durchaus zur Vernichtung solcher ‚Zufälle‘ in der von ihr kontrollierten Zone bereit“, so Konaschenkow.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31773/68/317736860.jpg>

de.sputniknews.com: „Mitarbeiter haben Angst“: RT klagt über Massenkündigungen in USA
RT erlebt in den USA nach eigenen Angaben eine massenhafte Kündigungswelle der Mitarbeiter. Laut Chefredakteurin Margarina Simonjan zwingen der enorme Druck der US-Regierung und die Angst um ihre eigene Sicherheit die Journalisten dazu, das Arbeitsverhältnis mit dem russischen Fernsehsender zu beenden.

„Unsere Mitarbeiter kündigen reihenweise. Sie haben Angst“, sagte Simonjan am Donnerstag bei einer Anhörung im Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus). Nach ihren Angaben wird RT in den USA durch US-Behörden seit langem unter Druck gesetzt. Die Massenkündigungen seien nun die Folge. „Selbst einen Stringer zu finden, fällt uns jetzt schwer.“

Simonjan betonte, dass RT in den Vereinigten Staaten wie ein „gewöhnliches Massenmedium“ arbeite und keine Fake-News verbreite.

„Unsere einzige Sünde besteht darin, dass wir Hillary Clinton nicht unterstützt haben. Aber wir haben auch Trump nicht unterstützt.“

In der vergangenen Woche hatte Simonjan nicht ausgeschlossen, dass amerikanische Restriktionen den russischen Fernsehsender zum Einstellen des Sendebetriebs in den USA zwingen könnten. Grund für die Sorge der Chefredakteurin war die Forderung des US-Justizministeriums, das Unternehmen, welches die RT-Fernsehproduktion in den Staaten betreut, aufgefordert, sich offiziell als „Auslandsagent“ registrieren zu lassen.

[Ukrinform.ua: Resolution: Europaparlament fordert sofortige Freilassung von Roman Suschtschenko und anderen ukrainischen Gefangenen](#)

[Das europäische Parlament hat von Russland die Einstellung der Repressionen gegen Vertreter des krimtatarischen Volkes und der Ukrainer auf der Krim und die Freilassung aller illegal inhaftierten Ukrainer gefordert.](#)

[So steht es in der am Donnerstag verabschiedeten Resolution des EU-Parlaments bezüglich](#)

der Fälle der krimtatarischen Anführer Achtem Tschijgos, Ilmi Umerow und des Journalisten Mykola Semena, berichtet ein Korrespondent von Ukrinfoform. Die Resolution, für die die Mehrheit der Europaabgeordneten stimmte, wurde von fünf Fraktionen, der Europäischen Volkspartei, der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, der Europäischen Konservative und der Grünen, eingebracht.

Das Parlament kritisierte in der Resolution Urteile gegen Tschijgos, Umerow und Semena, forderte eine Revision der Urteile, die Freilassung dieser Personen und die Aufhebung aller Vorwürfe.

Das Parlament kritisierte scharf auch Urteile gegen andere Anführer und Aktivisten der Krimtataren sowie gegen ukrainische Bürger, die illegal auf der Krim und in Russland inhaftiert sind, darunter gegen Roman Suschtschenko, und fordere ihre sofortige Freilassung.

Das EU-Parlament verurteilte auch eine Politik der Diskriminierung, die von der Krim-Führung betrieben wird, besonders gegen das krimtatarische Volk und alle, die gegen die russische Annexion sind. Ein Verbot des krimtatarischen Medschlis ist eine weitere Verletzung der Rechte der Krimtataren. In der Resolution wird betont, dass die Russische Föderation Menschenrechte auf der Krim systematisch verletzt.

Die EU-Abgeordneten verurteilten auch die Verlegung der Inhaftierten in die fernen Regionen Russlands, was die Beziehungen zu ihren Angehörigen und die Beobachtung der Situation durch Menschenrechtler erschwert.

Das Parlament rief den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auf, Beschwerden von der Krim die höchste Priorität einräumen, weil das Gerichtssystem in Russland faire Entscheidungen nicht treffen kann.

Das Europaparlament rief internationale Menschenrechtsorganisationen auf, darunter die Vereinten Nationen, OSZE und den Europarat, den Zugang auf der Krim zur Beobachtung der Situation und zur Schaffung eines unabhängigen Beobachtungsmechanismus zu gewährleisten.

Gegen die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen, darunter für Vorwürfe gegen Tschijgos, Umerow und Semena, forderte das Parlament Strafmaßnahmen wie Kontosperrungen und Einreiseverbote. Das Parlament unterstützte erneut Sanktionen gegen die Wirtschaft der Krim.

Das EU-Parlament unterstützte in der Resolution die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit der Ukraine und verurteilte die russische Annexion der Halbinsel Krim. Das Parlament äußerte auch die Besorgnis über eine dauerhafte Militarisierung der Krim, was eine Gefahr für die regionale und europäische Sicherheit darstellt.

Smdnr.ru: Heute am 5. Oktober wurde bekannt, dass der **Leiter der Einheit für chiffrierte Kommunikation der Abteilung des Sicherheitsdienstes der Ukraine im Donezker Oblast, Oberstleutnant Roman Labusow auf die Seite der DVR übergegangen** ist und plant, geheime Dokument des SBU, die sich in seiner Verfügung befinden, zu veröffentlichen. „Zu meiner Verfügung befinden sich Tausende geheimer Dokumente des SBU, in denen viele Informationen bezüglich der kriminellen Aktivität der ukrainischen regierenden Schicht ist. Über mich liefen alle geheimen und nicht geheimen Informationen. Ich werde sie auf der sbu-inside.su veröffentlichen“, sagte Roman Labusow während einer Pressekonferenz in Donezk.

Insbesondere wird er einer breiten Öffentlichkeit **Beweise für die unmittelbare Beteiligung westlicher Länder am militärischen Konflikt im Donbass** vorlegen. Außerdem hat Roman Labusow vor, einige Fakten zu veröffentlichen, die die verbrecherische Aktivität ukrainischer Bataillone der Territorialverteidigung sowohl im Donbass als auch in anderen Städten der Ukraine bestätigen. „Tatsächlich sind die Vertreter der Territorialbataillone, unter anderem „Asow“, Awakow persönlich unterstellt, selbst der Präsident der Ukraine Pjotr Poroschenko

ist für sie nicht der oberste Kommandeur. Es gab eine Situation, wo ein Mitarbeiter des SBU von einem Kämpfer von „Asow“ getötet wurde, er erhielt einfach eine Kugel in den Kopf. An der Sache wurde nicht gerührt“, berichtete Roman Labusow.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1507210583_screenshot_451.jpg

Dan-news.info: Der auf die Seite der DVR übergegangene Oberstleutnant des SBU berichtete auf der Pressekonferenz in Donezk über seine Gründe.

„Ich bin Oberstleutnant des SBU, ich habe die Einheit für chiffrierte Kommunikation geleitet, ich bin auf diese Seite übergegangen, um die kriminellen Aktivitäten der regierenden Schicht der Ukraine aufzudecken“, sagte er.

Labusow wurde in Donezk geboren, er arbeitete in der Abteilung des SBU im Donezker Oblast, ab 2014 diente er in Mariupol.

Nach seinen Worten ist eines seiner Motive die Treue zu seinem Eid, gemäß dem ein Soldat schwört, im Interesse der Bürger der Ukraine zu handeln. „Und was geschieht jetzt?

Ukrainische Soldaten, die diesen Eid geleistet haben, töten Bürger der Ukraine. Was sind sie danach?“, erklärte Labusow.

Dan-news.info: Der auf die Seite der DVR übergegangene Oberstleutnant des SBU hat bereits vier Dokumente veröffentlicht. Alle haben das Siegel „geheim“ und „für den dienstlichen Gebrauch“.

Das erste Dokument ist eine Mitteilung aus dem Stab der sogenannten „ATO“ über die Ankunft einer amerikanischen Delegation, in der der Leiter des Komitees des US-Senats für Fragen der Streitkräfte der USA John McCain, der Senator Tom Cotton und andere vertreten waren. Im Text wird angemerkt, dass das Ziel des Besuchs eine Einschätzung der Sicherheitslage im Donbass und die Durchführung von Arbeitstreffen mit dem Kommando der Sektoren „B“, „M“, „OK“, „Wostok“ ist.

Das zweite Dokument ist ein geheimes verschlüsseltes Telegramm vom kommissarischen Leiter der Abteilung des SBU im Donezker Oblast Oberst Lisogub über die Anwerbung einer Einwohnerin von Mariupol, die unter Druck eines Mitarbeiters des Spezialdienstes gezwungen wurde, in der DVR offensichtliche Falschinformationen über die Republik zu verbreiten.

Außerdem werden der Öffentlichkeit dienstliche Schreiben des Leiters der Abteilung der Nationalpolizei im Donezker Oblast, des Generals der Polizei 3. Rangs Abrosykin und des Leiters der 5. Abteilung der Hauptabteilung des SBU Oberst Dubrowin vorgestellt. Das erste berührt Verbrechen von Kämpfern der radikalen Gruppe „Ajdar“, das zweite ungesetzlichen Waffenhandel in den Reihen der ukrainischen Armee.

Die Texte sind auf der Seite <http://sub-inside.su> zu finden.

de.sputniknews.com: „Beispielloser politischer Druck“: RT zu Streichung aus Premium-Paket bei YouTube

Google hat den russischen Fernsehsender RT aus seinem Premium-Paket bei YouTube entfernt. Laut dem stellvertretenden Chefredakteur des Kanals Kirill Karnovich-Valua zeugt diese Entscheidung von einem enormen politischen Druck in den USA.

Der so genannte Premium-Account erlaubt allen Kanälen auf YouTube ab einer gewissen Klickzahl, ihre Reichweite durch Zuschaltung von Werbung zu vergrößern und dadurch auch Werbeeinnahmen zu erzielen. Laut Bloomberg entfernte Google RT aus diesem Premiumpaket.

Die Maßnahme stehe im Zusammenhang mit der Anhörung des Untersuchungsausschusses des US-Senats. Der Ausschuss soll die angeblichen Versuche Russlands aufdecken, durch soziale Medien die US-Präsidentschaftswahlen im November 2016 zu beeinflussen, so Bloomberg am Dienstag.

Laut dem stellvertretenden RT-Chefredakteur Karnovich-Valua ist RT seit 2010 Premium-Partner von Google und offiziell als der meistgesehene Nachrichtenkanal auf YouTube anerkannt. Die Tatsache, dass RT aus dem Premium-Paket des US-amerikanischen Segments auf YouTube nun gestrichen worden sei, habe keinen Einfluss auf die Verbreitung des Senders auf der Plattform.

„Es ist aber absolut unzulässig, dass Google RT über die Änderung seiner Politik nicht benachrichtigt hatte. Das Unternehmen gab aber diese offenbar internen Informationen an amerikanische Medien weiter. Dies zeugt von einem beispiellosen politischen Druck, der auf alle RT-Partner und –Kontakte ausgeübt wird, um unseren Kanal vom US-Markt völlig zu verdrängen“, zitiert RT Karnovich-Valua am Donnerstag...

Smdnr.ru: Heute am 5. Oktober hat das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko den Entwurf des Gesetzes über die Reintegration des Donbass, das gestern in die Oberste Rada der Ukraine eingebracht wurde, kommentiert.

„Solange Kiew nicht zugibt, dass es gegen das Volk des Donbass kämpft, gibt es keinerlei Chancen diesen Krieg zu beenden. Und wir wissen sehr gut, dass Kiew uns nicht als Konfliktseite anerkennen will und nicht mit uns verhandeln will. Weil wir uns dann nicht verändern müssen, sondern die Ukraine, und sie ein moderner zivilisierter Staat werden muss“, erklärte Alexandr Sachartschenko.

Dennoch merkte das Oberhaupt der DVR an, dass die DVR bereit zu Verhandlungen mit Kiew ist. „Was Donezk betrifft, so sind wir wie zuvor bereit zu Verhandlungen und bereit weiterzumachen. Wir haben genug, was uns beschäftigt – einen Staat aufbauen, die Ökonomie und das, was die Ukraine in 25 Jahren zerstört hat, wiederaufzubauen“, sagte Alexandr Sachartschenko.

abends:

de.sputniknews.com: Russisch-saudische Gespräche gehen mit Unterzeichnung wichtiger Dokumente zu Ende

Verhandlungen zwischen Saudi-Arabiens König Salman ibn Abd al-Aziz Al Saud und Russlands Präsident Wladimir Putin in Moskau sind am Donnerstag mit der Unterzeichnung von 14 wichtigen Dokumenten zu Ende gegangen. Das wurde in der russischen Hauptstadt offiziell mitgeteilt.

Es geht unter anderem um ein bilaterales Regierungsabkommen über die gemeinsame Erforschung und Nutzung des Weltraumes zu friedlichen Zwecken, um ein Memorandum of Understanding zwischen dem russischen Kommunikationsministerium und dem saudischen Ministerium für Kommunikation und Informationstechnologien und um ein ähnliches Memorandum zwischen den Handelsministerien beider Länder.

Signiert wurden auch ein Plan der Kooperation in Wissenschaft, Technik, Handel und Wirtschaft, ein Programm der Kooperation in der Agrarwirtschaft und ein Aktionsplan der Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Atomkraft.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31774/03/317740332.jpg>

Dan-news.info: Kommentar Denis Puschilins über die Übergabe von sterblichen Überresten möglicher Opfer des Boeing-Absturzes

Unter Vermittlung der OSZE-Mission fand eine offizielle Übergabe von am Absturzort der MH-17 gefundenen Fragmente menschlicher Überreste, die vermutlich zu Passagieren oder Besatzungsmitgliedern, die in dieser Tragödie umgekommen sind, gehören, sowie von Trümmern der Boeing 777 an die Vertreter der Niederlande K. Wolk und P. Daalman statt. Die DVR hat im Verlauf der gesamten Ermittlung zum Absturz der malaysischen Boeing folgerichtig ihre Offenheit und Interessiertheit an deren objektiven Ergebnissen demonstriert. Das heutige Ereignis war eine weitere Bestätigung unserer vollständigen Unterstützung der Ermittlung.

In diesem Zusammenhang muss ich anmerken, dass der Justizminister der Niederlande Stefan Blok in einem Brief an niederländische Parlamentarier erklärt hat, dass die ukrainische Seite plante, im Frühjahr die Suche nach Überresten von Opfern am Ort des Flugzeugabsturzes wieder aufzunehmen. Dies ist nicht geschehen. Während sie dem Wort nach ihre Sorge um die Ergebnisse der Ermittlung deklariert hat, hat die ukrainische Regierung keinerlei Maßnahmen in dieser Richtung unternommen.

Unter Berücksichtigung der Wichtigkeit nicht nur der juristischen, sondern auch der ethischen

Aspekte, die mit Rückgabe der sterblichen Überreste ihrer Angehörigen an die Verwandten der umgekommenen Passagiere und Besatzungsmitgliedern verbunden sind, baten wir die Generalstaatsanwaltschaft der Niederlande sowie die Vertreter der OSZE-Mission und der UN-Mission für Menschenrechte um Unterstützung und haben Ergebnisse erreicht.

Aus diesem Anlass danke ich dem Journalisten Patrik Lancaster für die von ihm gezeigte aktive Position als Bürger, was die Rückgabe der sterblichen Überreste der Toten an ihre Verwandten ermöglicht hat.

Wir hoffen darauf, dass die internationale Ermittlung trotz des auf sie ausgeübten Drucks Unvoreingenommenheit und Prinzipienfestigkeit in der Bewertung der Katastrophe, bei der Feststellung der wahren Ursachen und Schuldigen der Tragödie, deren Opfer völlig unschuldige friedliche Menschen wurden, zeigt.

Dan-news.info: Die Generalstaatsanwaltschaft der DVR hat ein Strafverfahren bezüglich des Absturzes der malaysischen Boeing aufgenommen, da neue Fakten entdeckt wurden. Dies erklärte heute der Leiter der Ermittlungsabteilung der Staatsanwaltschaft Roman Belous. „Angesichts der neu entdeckten Umstände in der Ermittlung des Flugzeugabsturzes bei Tores wurde von der Generalstaatsanwaltschaft der Republik ein Strafverfahren aufgenommen“, sagte er.

Es wird angemerkt, dass die Ermittlung über neue Daten verfügt, die den Abschuss einer BUK-Rakete aus der Umgebung von Saroschinskoje im Schachtjorskij-Bezirk bestätigen, das zum Zeitpunkt des Absturzes unter Kontrolle der ukrainischen Armee war.

„Außerdem bestätigt sich die Information über die Beteiligung von Soldaten der 156. Abwehrtruppenregiments der ukrainischen Streitkräfte“ unterstrich Belous.

In diesem Zusammenhang bringt die Generalstaatsanwaltschaft ihre Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit mit den Ermittlungsorganen der Niederlande und mit einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe zur Feststellung der wahren Ursachen des Absturzes der Boeing im Donbass zu Ausdruck.

Ein Strafverfahren zum Absturz der Boeing wurde am 17. Juli 2014 aufgenommen. Vor einigen Monaten wurde es vorläufig eingestellt.

de.sputniknews.com: Budapest will Bündnis mit Moskau: „Wir werden Kiew blockieren“ – Abgeordneter

Das Recht auf Muttersprache war in der Ukraine vor dem Maidan gesetzlich geschützt. Seit dem Umsturz in Kiew in 2014 werden die Minderheiten des Landes in diesem Recht systematisch beschnitten. Die EU schweigt dazu. Doch jetzt macht die ungarische Regierung dagegen mobil. Um den Druck auf Kiew zu erhöhen, holt Budapest auch Moskau mit ins Boot.

Erst wurde das Russische aus der Öffentlichkeit verdrängt, jetzt soll der komplette Unterricht ab der 5. Klasse per Gesetz flächendeckend aufs Ukrainische umgestellt werden. Die Minderheiten sollen die Amtssprache lernen, lautet der Vorwurf der Kiewer Machthaber an die vielen Völker in der Ukraine.

Und diese Diskriminierung betrifft nicht nur die Russen, sondern auch die ungarische Minderheit in der Ukraine: rund 150.000 Menschen. Da auch die Hochschulbildung gänzlich auf die Amtssprache umgestellt wird, werden die Ungarn systematisch benachteiligt.

„In der ukrainischen Region Transkarpatien, wo die Ungarn leben, wird das Ukrainische in der Tat schlecht beherrscht. Aber ohne die passenden Lehrwerke können sie es auch nicht beherrschen“, sagt der ungarische Politologe Gabor Stier.

„Schlimmer noch: Auch die naturwissenschaftlichen Fächer – Mathe, Chemie und Physik – werden aufs Ukrainische umgestellt. Also werden ungarische Schüler auch in diesen Fächern nichts lernen. Das ist doch das Hauptproblem. Entgegen dem, was Kiew erklärt, steigt die

Wettbewerbsfähigkeit der Schüler nicht, sondern droht rapide zu sinken.“

Selten sei die ungarische Öffentlichkeit so geschlossen gewesen, „wie bei dem neuen ukrainischen Sprachgesetz“, betont der Politologe.

Inzwischen tobt zwischen Kiew und Budapest sogar eine diplomatische Schlacht. Budapest sei entschlossen, „alle Initiativen in der EU zu blockieren, die für Kiew vorteilhaft sind“, kündigte der ungarische Außenminister an. Das neue Sprachgesetz werde Kiew künftig noch schaden, versicherte er.

Der ungarische Premierminister Viktor Orban ging noch weiter. Er verfügte, das ungarische Militär solle die Möglichkeit einer Intervention in Transkarpatien prüfen, falls die dort lebenden Ungarn Hilfe benötigten.

Um den Druck auf Kiew zu erhöhen, sollen sich alle Länder verbünden, deren Landsleute in der Ukraine leben, rief der ungarische Abgeordnete Marton Gengesi auf. „Wir üben Einfluss aus, so gut wir können, aber das ist bei Weitem nicht genug. Leider schweigt die Völkergemeinschaft in dieser Sache“, sagte er der Agentur „Sputnik“.

„Wir müssen uns schon sehr wundern, dass die Europäische Union überhaupt nicht reagiert, die sonst doch beim Schutz von Menschenrechten so aktiv ist. Ist das etwa kein Beispiel für Doppelstandards in der Politik?“ sagte der Parlamentarier.

Er betonte: „Und die Reaktion der Vereinigten Staaten ist einfach nur eine Schande. Die US-Botschaft in Kiew hat das Sprachgesetz in einer Stellungnahme begrüßt.“

Es sei völlig unverständlich, warum sie das getan hätten. „Unsere Aufgabe ist es jetzt, die Nachbarländer und auch Russland davon zu überzeugen, gemeinsam zu handeln, mit einer gemeinsamen Erklärung aufzutreten und Druck auf die Ukraine auszuüben.“

Ein wirkungsvolles Mittel habe Ungarn jedenfalls in der Hand, erinnert der ungarische Abgeordnete: Das Veto-Recht bei den EU-Beitrittsverhandlungen. „Wir können den Dialog auf jeder beliebigen Etappe einfrieren und ich hoffe, wir werden dies auch tun – sofern Kiew nicht zurückrudert“, sagte Gengesi.

Auf der Suche nach Verbündeten hat sich Ungarn auch an Rumänien gewandt. Die Ukraine habe den beiden Ländern „ein Messer in den Rücken gestoßen“, sagte der ungarische Außenminister nach einem Treffen mit seinem rumänischen Amtskollegen. Die ungarische und die rumänische Minderheit in der Ukraine zählen zusammen eine halbe Million Menschen.